Umsteuern:
Armut stoppen – Zukunft schaffen.

ARMUTS KONGRESS
27.+28.6.
2017
BERLIN

Gemeinsamer Aufruf für mehr soziale Gerechtigkeit

Deutschland ist ein gespaltenes Land. Jede und jeder Sechste ist von Armut und Ausgrenzung betroffen, während sich ein kleiner Teil der Gesellschaft finanziell immer weiter absetzt. Das gesellschaftliche Gesamtvermögen wird zunehmend zulasten der Schwachen und zugunsten der Reichen verteilt. Den politischen Entscheidungsträgern fehlt bisher der Mut, sich mit den Topverdienenden und Besitzenden großer Vermögen anzulegen. Dringend notwendige soziale Strukturveränderungen werden nicht entschlossen genug angegangen. Es fehlt der Wille, Geld für eine offensive Sozialpolitik in die Hand zu nehmen. Hinzu kommt: wer wenig hat, hat auch in den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen wenig zu sagen.

Die hier unterzeichnenden Verbände fordern ein Umsteuern. Die soziale Schieflage in Deutschland ist nicht hinnehmbar. Soziale Ungleichheit beeinflusst die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse und gefährdet die Demokratie. Wir brauchen eine starke Sozialpolitik, eine Infrastruktur, die allen offen steht und den Mut, Reichtum dahin umzuverteilen, wo er dringend benötigt wird.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Trotzdem gibt es eine Vielzahl sozialer Probleme, die man nicht leugnen darf und die für dieses Land unwürdig sind. In Deutschland leben immer noch Millionen Menschen in Armut, allein jedes fünfte Kind. Sozialer Aufstieg durch Bildung ist kaum noch möglich. Minijobs und Leiharbeit sind keine Brücke in gute Arbeit, sondern Armutsfallen. Der Hartz-IV-Regelsatz reicht gerade so zum Überleben, ermöglicht aber keine soziale und kulturelle Teilhabe. Erwerbslose erhalten oft keine ausreichende Förderung – das geltende Sanktionsregime demütigt Hilfesuchende. Die politischen Eingriffe in das Alterssicherungssystem werden in Zukunft zunehmend mehr Menschen in die Altersarmut treiben. Unser Gesundheitssystem bevorteilt wohlhabende Bürgerinnen und Bürger, während das Pflegesystem Einkommensschwache nicht selten in die Sozialhilfe treibt. Es fehlen bezahlbare Sozialwohnungen und beim Umgang mit Geflüchteten wird vermehrt auf Abschreckung und Abschiebung gesetzt, statt auf Integration und Respekt.

Dies sind nur wenige Beispiele von vielen. Sie stehen exemplarisch für längst erkannte Probleme und Herausforderungen unserer Gesellschaft, deren Lösungen von der Politik nicht angegangen werden. Oft simulieren sozialpolitische Reformen auf dem Papier Aktivität, gehen aber in Wirklichkeit an den sozialen Problemen vorbei. Unter dem selbstgewählten Diktat von Schuldenbremse, schwarzer Null und Austerität verzichten die Regierenden auf Gestaltungsspielraum und gehen Probleme nur noch nach Kassenlage an. Beispielhaft hierfür sind die nach den milliardenschweren Kürzungen der Hilfen für Langzeitarbeitslose eingeführten Programmmittel, die gerade einmal 19.000 der fast eine Million Langzeitarbeitslosen erreichen. Gleiches gilt für den Ausbau von Integrationskursen für Flüchtlinge, die aus Kostengründen immer noch einer Vielzahl Geflüchteter verwehrt werden. So bleiben selbst gut gemeinte Ansätze häufig in Umfang und Ausmaß zu unbedeutend, um tatsächlich flächendeckende Wirkung entfalten zu können.

Statt soziale Probleme anzugehen, dominiert seit Jahren der Mythos von notwendigen Steuersenkungen. Davon haben weder kleine noch mittlere Einkommen profitiert. Die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte hat die öffentlichen Haushalte und die Infrastruktur verfallen lassen und nur diejenigen entlastet, deren Reichtum schon fast empörend hoch erscheint. Die wenigsten haben sich ihr Geld selbst erarbeitet.

Viele sind bereits als reiche Erben auf die Welt gekommen und werden im Verhältnis viel zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen. Sie zahlen auf ihre Kapitalerträge weniger Steuern als die meisten Angestellten auf ihren Lohn und können durch die Ausschöpfung aller Steuertricks dem Fiskus noch mehr Geld vorenthalten. Ihr Vermögen bleibt seit Aussetzung der Vermögenssteuer gänzlich unangetastet.

Damit muss Schluss sein. Finanzstarke Unternehmen und Reiche müssen wieder höhere Beiträge zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten; sehr hohe Einkommen sind stärker zu besteuern; Kapitalerträge dürfen nicht privilegiert werden. Der Steuerbetrug muss konsequent bekämpft und Steuerschlupflöcher müssen beseitigt werden. Eine Vermögenssteuer und eine reformierte Erbschaftssteuer müssen die Millionäre und Milliardäre angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen und soziale Ungleichheit abbauen.

Fakt ist: Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit kostet Geld. Deutschland hat dieses Geld, wir müssen es uns nur holen. Dazu bedarf es eines Umsteuerns in der Steuer- und Finanzpolitik sowie bei der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Dringend nötig sind unter anderem eine bessere soziale Absicherung und Stärkung der Erwerbstätigen sowie der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner, der Kinder und Familien, der Menschen mit Behinderung und der Schutzsuchenden. Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur und eine bedarfsdeckende Finanzausstattung besonders der hoch belasteten und verschuldeten Städte und Gemeinden.

Dafür bedarf es Scharfsinn, um Probleme zu erkennen, Realitätssinn, um Lösungen zu finden, die wirklich helfen, Ausdauer, auch schwierige Strukturreformen bis zum Ende durchzuziehen und den Mut, die wahren Kosten dafür zu nennen und dieses Geld dort zu holen, wo es unzweifelhaft vorhanden ist.

Wir sind davon überzeugt, wir können Armut in Deutschland stoppen und eine Zukunft für alle schaffen!

Ein Aufruf von

DGB

nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN
nak

DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

Mit Unterstützung von:

Deutscher Kinderschutzbund (DKSB) e.V.
die lobby für kinder

SOZIALVERBAND VdK DEUTSCHLAND

Verband alleinerziehender Mütter und Väter

DIE TAFELN
Essen, wo es hingehört

VOLKSSOLIDARITÄT

BAG Wohnungslosenhilfe e.V.

aG Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE STADTENTWICKLUNG
UND GEMEINWESENARBEIT

ARMUTS NETZ WERK

zukunftsforum familie e.v.

DER PARITÄTISCHE EUROSOZIAL

dgvt
Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V.

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen